

Zu dieser Ausgabe

Der sozialwissenschaftliche Beitrag zur politischen Bildung wird angesichts der Kriege und Krisen national und weltweit und der aufgeladenen politischen Atmosphäre zu einem Versuch, den rationalen Diskurs aufrecht zu erhalten und Argumente für die Unterrichtspraxis zu liefern. Wahlen alleine sind keine Konfliktlöser, sie können, wie die Wahlen in Ostdeutschland gezeigt haben (*Eckhard Jesse*), durch eine neue Komplexität von Wahlergebnissen gesellschaftliche Konfrontation auch verstärken. Druck entsteht von „rechtsaußen“, definiert als „systemskeptische“ Polemik (hier beobachtet in Sachsen), und in einen internationalen Kontext gesetzt im in diesem Heft besprochenen „Besonderen Buch“ (*Christina Holtz-Bacha*). Fachdidaktische Überlegungen widmen sich der Frage nach der Sinnhaftigkeit eines AfD-Verbots (*Hendrik Küpper*).

In der Sackgasse befinden sich die Lösungsstrategien der Ukraine-Krise. Kontrovers wird eine Politik der Abschreckung gegenüber Russland diskutiert (*Edmund Budrich*), die auf die Stationierung von Raketen mit langer Reichweite in Deutschland setzt. Viele fühlen sich an die Debatte um den NATO-Doppelbeschluss erinnert, einige versuchen die früheren Argumente und ihre Abwehrhaltung wiederzubeleben. *Klaus Moegling* stellt die Grundsatzfrage, ob die bisherige Ukraine-Politik des Westens alternativlos sei. Ebenso wie die Ukraine-Politik ist die deutsche Haltung zum Antisemitismus von grundsätzlicher Bedeutung. In der Wissenschaft wurde der „postkolonialen Theorie“ der Vorwurf gemacht, sie liefere das Rüstzeug für antisemitische Campus-Protteste weltweit (Parole: „from the river to the sea“). *Wolfram Stender* erkundet, was von dieser These zu halten ist.

Neben der im ersten Absatz erwähnten politischen Krisenstimmung und der gesellschaftlichen Probleme, auf die der zweite Absatz hinweist, sind für die GWP natürlich auch wirtschaftliche Problemstellungen als Teil der politischen Bildung relevant. Wirtschaftliche Entscheidungen werden im Heft in den Kontext des oft nur am Rande behandelten „Lobbyismus“ gestellt (*Thomas von Winter*). Die politische Dominanz der USA ist auch eine Folge davon, dass das Land die Weltreservewährung Dollar kontrolliert, was allerdings auch zu zunehmender Kritik und in einigen Ländern zur Idee geführt hat, den Dollar durch den chinesischen Yuan zu ersetzen (*Günter Grunert*). Die wirtschaftlichen Folgeprobleme der Atomkraft, die Kosten der Lagerung hochradioaktiven Mülls, diskutiert *Achim Brunnengräber* vom Forschungszentrum für Umweltpolitik der FU Berlin mit Blick auf Deutschland und die Schweiz.

Wir von Gesellschaft - Wirtschaft - Politik leiten unseren Zugriff zu den Gegenständen der politischen Bildung in der Hoffnung, der Leserschaft Relevantes für die diskursive Auseinandersetzung zu bieten.

*Die Herausgeber*in*